



**Öffentlich
ist Wesentlich**

Positionspapier

der Gesamtpersonalräte der großen Großstädte

GPR Bremen, ver.di Fraktion des HPR Berlin, ARGE Hamburg,
GPR Duisburg, PR Essen, GPR Düsseldorf, PR Dortmund, GPR Köln,
GPR Hannover, GPR Leipzig, GPR Dresden, GPR Frankfurt/Main,
GPR München, GPR Nürnberg, GPR Stuttgart

ver.di

Gemeinden

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Gerechtigkeit heißt, den gesellschaftlichen Reichtum so zu verteilen, dass die immensen Unterschiede zwischen Arm und Reich vermindert werden und ein aktiver Sozialstaat finanziert werden kann. Nur ein aktiver Sozialstaat kann die Lebensqualität für alle sichern: Er muss die öffentliche Infrastruktur und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und das Gemeinwesen sichern und weiterentwickeln. Alle Menschen müssen durch die gleiche Teilhabe an Bildung, öffentlichen Gütern und sozialer Sicherheit ihre Lebenschancen verwirklichen können.

Gute öffentliche Dienstleistungen müssen ausreichend finanziert werden

Die Kommunen organisieren, entscheiden und sichern die lokalen Lebensbedingungen. Sie verantworten die Vielfalt der örtlichen Infrastruktur- und Dienstleistungen. Die öffentliche Infrastruktur ist Voraussetzung für die Ansiedlung und Betätigung von Unternehmen. Zu den öffentlichen Dienstleistungen gehören Bürgerserviceeinrichtungen, Jobcenter, Bauhöfe, Grünflächen- und Straßenraumpflege, Kindertages- sowie Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und öffentliche Bäder, Berufsfeuerwehren, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime sowie weitere vielfältige soziale Einrichtungen, Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen, Stadtwerke, die Abfallentsorgung, Sparkassen, Museen sowie Theater u.a.m. Die Kommunen sorgen über ihre Steuerungsfunktion und die öffentlich erbrachten Angebote für die Sicherung von Chancengleichheit, Teilhabe und den gleichberechtigten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger, auch in der Informationsgesellschaft. Eine ausgewogene Mischung von persönlichen, telefonischen wie elektronischen Angeboten für Beratung und Information verhindert eine „digitale Spaltung“ der Bevölkerung.

Seit mehr als 20 Jahren finden stetig pauschale Kürzungen der öffentlichen Haushaltsmittel statt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Bauprestigeprojekte sprießen in die Höhe, und gleichzeitig verrottet die öffentliche Infrastruktur. Durch Privatisierung und den Verkauf von Anteilen an kommunalen Unternehmen wurde häufig das Tafelsilber verscherbelt. Eine dauerhafte Verbesserung der Haushaltssituationen hat dies nicht bewirkt – im Gegenteil. Stattdessen werden Bürgerinnen und Bürger durch gestiegene Gebühren und Nutzungsentgelte stärker belastet. Und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wurden durch Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Stress massiv verschlechtert.

Fest steht: Die Einnahmen des Staates reichen nicht aus, um die notwendigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte zu finanzieren. Die Politik hat die staatlichen Einnahmen in der Vergangenheit durch mehrfache Steuerreformen massiv verringert – von der Streichung der Vermögenssteuer, der mehrfachen Senkung von Spitzensteuersatz und Unternehmensbesteuerung, der Reduzierung der Erbschaftssteuer bis hin zu den aktuellen Steuersenkungen für Hoteliers. Vor allem Vermögende, Bezieher hoher Einkommen und Unternehmen haben davon profitiert. Alle Steuerreformen seit 1998 zusammengerechnet haben in den letzten zehn Jahren zu Einnahmeausfällen von insgesamt fast 340 Mrd. Euro geführt. Verschärfend kommt hinzu, dass die Länder ab 2020 keine Schulden mehr machen dürfen, so legt es die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse fest. Darunter leiden die sozial Schwachen, die Familien und die Rentnerinnen und Rentner. Und nicht zuletzt die öffentlichen Dienstleistungen.

Eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen ist unabdingbar. Auch Unternehmen müssen sich an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur beteiligen.

Wir fordern

- eine gerechte Steuerpolitik sowie
- Sonderprogramme für notleidende Kommunen!
- Wir unterstützen das ver.di-Steuerkonzept.

Wir lehnen die Abschaffung der Gewerbesteuer ab! Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindefinanzierungsquelle als dauerhafte und krisenunabhängige Einnahmequelle weiterzuentwickeln.

Gute Arbeit in den Kommunen für die Beschäftigten

Die Anforderungen an die Beschäftigten sind deutlich gestiegen: Die Aufgaben sind komplexer geworden, höhere Servicequalität, mehr Flexibilität und Beratungskompetenz werden geleistet.

Mit der Standardisierung von Prozessen besteht die Gefahr, dass die Arbeit der Beschäftigten entwertet wird, die Ermessensspielräume bei der Leistungsgewährung gekappt werden und auf individuelle Besonderheiten der Betroffenen nicht mehr reagiert werden kann. Mit der zunehmenden Orientierung auf elektronische Verwaltung sind die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Beschäftigten zu erhalten ebenfalls wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigten.

Die von den Beschäftigten zu leistenden Arbeitsmengen werden durch den anhaltenden Personalabbau in allen Bereichen immer weiter erhöht. Für gute Beratungen ist kaum noch ausreichend Raum. Öffnungszeiten werden nach außen für die Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten oder aus Prestigegründen für die Politik sogar erweitert. Aber all das findet bei immer geringerer Personalausstattung auf dem Rücken der Beschäftigten statt. Eine Verlängerung von Bearbeitungs- und Wartezeiten und die Schließung von Einrichtungen werden durch die Politik stillschweigend in Kauf genommen. Die empörten Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Öffentlichkeit müssen i.d.R. die Beschäftigten ausbaden. Insbesondere die psychischen Belastungen haben enorm zugenommen und führen zunehmend zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den Beschäftigten.

Der Umwandlungsprozess vom BAT bzw. den tariflichen Regelungen für Arbeiterinnen und Arbeiter zum TVÖD/TV-L wurde von den Arbeitgebern zur Personalkostenreduzierung genutzt. Noch immer gibt es keine Entgeltordnung. Die Chance für eine Modernisierung der Entgeltordnung in Verbindung mit diskriminierungsfreien Eingruppierungsregelungen darf von den Arbeitgebern nicht länger blockiert werden. Gleichzeitig wird mit dem sturen Beharren der Arbeitgeber auf Leistungsentgelt deutlich, wie wenig die Motivation und das Engagement der Beschäftigten bei den ständigen Wandlungsprozessen anerkannt wird. Dies gilt auch für die verbeamteten Beschäftigten. Bei den Beamtinnen und Beamten werden „nach Gutsherrenart“ die Arbeitsbedingungen und die Besoldung vom Parlament „verordnet“. Nach der Föderalismusreform I ist das Beamtenrecht Ländersache mit dem Ergebnis zerfränkter Regelungen. Die den Beamten und Beamtinnen und ihren Gewerkschaften gewährten Beteiligungsrechte werden den Anforderungen einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht gerecht. Die Beteiligungsrechte müssen zu einem Verhandlungs- und Vertragsrecht erweitert werden. Eine Vereinheitlichung von Arbeitsbedingungen und Bezahlung bei den Beamtinnen und Beamten ist längst überfällig.

Es ist ein Skandal, dass auch die öffentlichen Arbeitgeber zunehmend prekäre Beschäftigung nutzen, um Personalkosten zu reduzieren. Befristungen, Leiharbeit, Zwangsteilzeit und Minijobs haben stark zugenommen und betreffen vor allem Frauen. Gleichzeitig klagen die öffentlichen Arbeitgeber über die steigenden sozialen Ausgaben, die auch dadurch zustande kommen, dass z.B. die Unterkunftskosten im SGB II explodieren. Grund dafür ist bundesweit und in allen Branchen eine Prekarisierung der Arbeitsbedingungen. Sie haben zur Folge, dass die Einkommen zur Finanzierung des Lebens nicht mehr ausreichen und öffentliche Leistungen notwendig sind. Wir setzen uns dafür ein, dass das Dauerarbeitsverhältnis die Regel und jedes Beschäftigungsverhältnis sozial abgesichert ist. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein. Es muss gelten: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen vom ersten Tag an.

Der öffentliche Dienst hat alle Potentiale für einen attraktiven Arbeitgeber: Er bietet viele spannende berufliche Herausforderungen und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Er steht im Dienst unserer Gesellschaft und „ist für uns alle da“. Diese Vorteile geraten allerdings in Gefahr, wenn der öffentliche Dienst nur noch auf Personal- und Leistungsabbau setzt, die Arbeitsbedingungen und das Einkommen für die Beschäftigten unattraktiv werden. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung ist es wichtig, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um Auszubildende und Fachkräfte gute Arbeit für Bürger/innen und Beschäftigte sichert sowie weiterentwickelt. Die Einkommensentwicklung führt inzwischen dazu, dass dieser im Wettbewerb um qualifiziertes Personal zusehends ins Hintertreffen gerät. Insbesondere im technischen Bereich ist bereits heute eine Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr gegeben.

Wir fordern

- gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten,
- dazu gehören auch Ausbildung und Übernahme,
- dauerhafter und systematisch angelegter Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- Personalentwicklung und
- Arbeitnehmerdatenschutz.

Die Personalräte vertreten die Interessen aller Beschäftigten. Die Mitbestimmung in den Betrieben und Dienststellen ist ein wichtiges Instrument der Demokratie. Aufgrund der sich ständig wandelnden Anforderung und zunehmender Prozessorientierung ist die Beteiligung der Beschäftigten zu sichern und sind die Mitbestimmungsrechte der Personalräte auszubauen.

Stoppt die Finanz- und Privatisierungsjongleure!

Der Privatisierungskurs der vergangenen Jahre ist gescheitert. Umfragen belegen, dass die privatisierten Aufgaben in der Regel teurer und von schlechterer Qualität sind. Die deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt Privatisierungen daher ab.

Die besonderen Spielarten der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und Eigentum, wie Cross-Border-Leasing (CBL), Sale and Lease Back (SLB) oder Public-Private-Partnership (PPP/ ÖPP) wurden als Lösung aller kommunalen Finanzprobleme propagiert. Belegt ist, dass die Privaten ausschließlich „Rosinenpickerei“ mit den Dienstleistungen vornehmen, mit denen sich Geld verdienen lässt. Eines haben alle diese Privatisierungsformen gemeinsam: Sie führen zu einer Enteignung des Gemeinwesens, einer massiven Einschränkung der Demokratie und der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

sowie einer Aushebelung solidarischer Systeme zugunsten privater Profite. Die kurzfristige Entlastung städtischer Haushalte durch solche Maßnahmen steht nicht im Verhältnis zum langfristigen, insbesondere auch finanziellen Risiko, welches die Kommunen – und damit direkt auch ihre Bürgerinnen und Bürger – auf sich nehmen. Damit berauben sich die Kommunen auch ihrer zukünftigen finanziellen Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit. Viele Kommunen haben inzwischen begonnen frühere Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Denn die Erfahrungen waren nicht rosig – zu teuer, undurchschaubar und kaum noch beeinflussbar.

Wir lehnen Privatisierungen in all ihren Spielarten ab und fordern eine Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben.

Für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst

Leistungsfähige öffentliche Dienste sind für eine soziale Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger, die demokratische Entwicklung und für lebenswerte Städte und Regionen unverzichtbar. Die Krise der öffentlichen Haushalte erfordern einen Rettungsschirm – wie bei den Banken, die der Staat mit 100 Mrd. Euro in der Finanz- und Wirtschaftskrise gestützt hat. Nur mit einem gut ausgestatteten und kompetenten öffentlichen Dienst ist der gesellschaftliche Wandel der Zukunft mit

seinen Herausforderungen zu bewältigen. Es geht um die soziale Gestaltung des demografischen Wandels, um Bildung, um Gleichstellung, um Integration, um die Bewältigung der ökologischen Probleme und um die Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Es ist Aufgabe einer verantwortlichen Politik, dafür eine dauerhafte, ausreichende Finanzausstattung zu sichern.

Öffentlich ist Wesentlich für eine soziale Gesellschaft und gute Arbeit!

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Bundesverwaltung, Fachbereich Gemeinden · Achim Meerkamp, Mitglied des Bundesvorstands · AK Gesamtpersonalräte der großen Großstädte · Koordination: Renate Sternatz, Thomas Herbing · Paula -Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. (030) 6956-2238, eMail: thomas.herbing@verdi.de · Berlin, Januar 2011 · W-3025-1-1210

